

Mündliche Anfragen

für die Fragestunden der 107. und 108. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 30. März 2000, und am Freitag, dem 31. März 2000

1. Abgeordnete
Alexander Licht,
Hans-Josef Bracht und
Herbert Jullien (CDU)

Alternative Streckenführung des Transrapid zwischen dem Frankfurter Flughafen und dem Flughafen Hahn

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Weise ist die Landesregierung bereit, gemeinsam mit dem Bund und der DB AG die Strecke Frankfurt Flughafen zum Flughafen Hahn in Form einer Magnetschnellbahn in eine Alternativstreckenuntersuchung interessierter Bundesländer einzubringen?
2. Welche detaillierten Vorschläge mit welchem Inhalt sind aus Sicht des Landes Rheinland-Pfalz erarbeitet bzw. vorgelegt worden?

2. Abgeordneter
Dr. Adolf Weiland (CDU)

Imagekampagne der Landesregierung

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche der für die Imagekampagne der Landesregierung entworfenen und der Öffentlichkeit vorgestellten Werbemittel entsprechen in Bild und Text den Zweckbestimmungen der Haushaltstitel 03 01 53 102, 08 01 53 102, 09 01 53 102, 14 01 53 102, die in der Antwort auf meine Kleine Anfrage 2873 als Finanzierungsgrundlagen angegeben sind?
2. Warum sind die für die Imagekampagne vorgesehenen Haushaltsmittel auf zahlreiche Einzeltitel verteilt und nicht im Einzelplan 02 zentral veranschlagt?
3. Welche Entscheider der Wirtschaft oder Meinungsführer oder sonstigen maßgeblichen Institutionen oder Personen auch außerhalb von Rheinland-Pfalz will die Landesregierung mit der Imagekampagne erreichen, um unser Land im Wettbewerb der Regionen gut zu platzieren oder um Investitionsentscheidungen für Rheinland-Pfalz zu fördern, wenn diese fast ausschließlich über landesweite Medien gefahren werden sollen?
4. Welche Anzeichen von Identitätsschwäche des Landes und daraus folgender Notwendigkeit der Identitätsstärkung sieht die Landesregierung für das Jahr 2001, die sie veranlasst hat, eine Imagekampagne an die Bürgerinnen und Bürger von Rheinland-Pfalz zu richten?

3. Abgeordneter
Axel Redmer (SPD)

Nachweis ausreichender Sprachkenntnisse in Einbürgerungsverfahren

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Form mussten Einbürgerungsbewerber nach der bisherigen Regelung in Rheinland-Pfalz ausreichende Deutschkenntnisse nachweisen?
2. Welche Regelungen sieht die einheitliche Verwaltungsvorschrift zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht nach dem aktuellen Diskussionsstand nun vor?
3. Auf welche Weise wird aus Sicht der Landesregierung eine einheitliche Verwaltungspraxis in dieser Frage bei den Kreis- und Stadtverwaltungen sichergestellt?
4. Wie hoch ist die Quote der Einbürgerungsbewerber, deren Einbürgerung allein aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse abgelehnt wird?

Hinweis der Landtagsverwaltung:

Alle Mündlichen Anfragen sind fristgerecht zur Sitzung am Donnerstag, dem 30. März 2000, eingegangen.

4. Abgeordneter
Günter Rösch (SPD)

Zweckwidrige Verwendung von Landeszuschüssen am Cusanus-Krankenhaus in Bernkastel-Kues

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse liegen ihr über die zweckwidrige Verwendung von Landeszuschüssen am Cusanus-Krankenhaus Bernkastel-Kues vor?
2. Welche Kontrollmöglichkeiten hat sie zur Überprüfung der zweckentsprechenden Verwendung von Landeszuschüssen im Krankenhausbereich?
3. Trifft es zu, dass der bisherige Verwaltungsdirektor des Cusanus-Krankenhauses Bernkastel-Kues angegeben hat, die nicht zweckentsprechende Verwendung von Landesmitteln auf Veranlassung des früheren Geschäftsführenden Vorstandes der ctt, Hans-Joachim Doerfert, vorgenommen zu haben?

5. Abgeordnete
Friedel Grützmaker
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haltung der Landesregierung zur Videoüberwachung öffentlicher Plätze und Orte

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Haltung der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder, wonach ein flächendeckender Einsatz von Videoüberwachungskameras mit dem freiheitlichen Menschenbild des Grundgesetzes in keinem Fall vereinbar sei?
2. Hält die Landesregierung eine flächendeckende Videoüberwachung auch aus kriminalpolitischen Gründen insoweit für völlig nutzlos, als sie eher zu einer Verlagerung etwaiger Kriminalität führt und eine verbesserte Sicherheitslage nur vorspiegelt?
3. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, in welchem Umfang in den Kommunen schon Überwachungskameras an öffentlich zugänglichen Plätzen und Orten eingesetzt werden?
4. Teilt die Landesregierung die Meinung, dass zu den bürgerlichen Freiheitsrechten auch „das Recht auf unkontrollierte Bewegung in der Öffentlichkeit“ (vgl. Äußerung des niedersächsischen Datenschutzbeauftragten) gehört?

6. Abgeordnete
Elke Kiltz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Realitätsgehalt der Forderungen nach einer Transrapidstrecke zwischen Frankfurt/M.-Flughafen und dem Flugplatz Hahn

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Weise hat sich die Landesregierung bzw. eine ihr nachgeordnete Behörde seit 1996 an Überlegungen zum Bau einer den Flugplatz Hahn bedienenden Transrapidstrecke beteiligt, und mit wem hat sie dabei kooperiert?
2. In welchem Umfang war dabei ein personelles sowie finanzielles Engagement der Landesregierung bzw. einer ihr nachgeordneten Behörde zu verzeichnen?
3. Auf welchen Überlegungen und Potentialabschätzungen basieren die fortlaufenden Forderungen des rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministers, den Flugplatz Hahn über eine Transrapidstrecke u. a. mit dem Frankfurter Flughafen anzubinden?
4. Teilt die Landesregierung die geäußerte Auffassung, dass der Bau einer Transrapidverbindung Frankfurt – Hahn „so realistisch sei wie die Begradigung der Mosel zwischen Trier und Koblenz, um die Strecke zu verkürzen“ (Trierischer Volksfreund vom 17. März 2000)?

7. Abgeordneter
Dr. Bernhard Braun
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regelung für Forstamtsbeiräte im lange angekündigten Waldgesetz – Aktuelle Diskussion um das Waldgesetz

Ich frage die Landesregierung:

1. Sollen die Forstamtsbeiräte in Rheinland-Pfalz abgeschafft werden?
2. Wie beurteilt die Landesregierung den Vorschlag, in einem zukünftigen Waldgesetz die Forstamtsbeiräte unter Einbeziehung weiterer Mitglieder unter anderem aus Naturschutzverbänden beizubehalten?
3. Welche Teile des als Referentenentwurf den Fraktionen und Verbänden übersandten Gesetzes werden gegenwärtig aufgrund der Regierungsanhörung noch überarbeitet bzw. sind gegenwärtig innerhalb der Landesregierung noch umstritten?
4. Wann wird das neue Waldgesetz definitiv in den Landtag eingebracht?

**8. Abgeordneter
Dieter Schmitt (CDU)****Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Saar-Lor-Lux-Region**

Ich frage die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung und Forderung, die der luxemburgische Premierminister Jean Claude Juncker bei der Festveranstaltung der IHK Trier vorgetragen hat, dass der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Saar-Lor-Lux-Region und insbesondere dem Trier-Luxemburger Raum verstärkte Bedeutung zukommt und dringend intensiviert werden muss?
2. Wie bewertet die Landesregierung die bisherige Tätigkeit der vielfältigen Initiativen in der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz?
3. Welche Aktivitäten hat das grenzüberschreitende Haus der Großregion bisher entwickelt?
4. Welche Erfahrungen hat die Landesregierung über die Informations- und Beratungsstelle PAMINA im nordelsässischen Lauterbourg in Bezug auf die Funktionalität des Hauses der Großregion Saar-Lor-Lux-Rheinland-Pfalz gewonnen?

**9. Abgeordneter
Erhard Lelle (CDU)****Schüleraufnahmesituation an weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. An welchen weiterführenden Schulen in Rheinland-Pfalz mussten bislang für das Schuljahr 2000/2001 wie viele Schüler aus welchen Gründen abgelehnt werden?
2. Wie beurteilt die Landesregierung das so genannte Umverteilungsverfahren, durch welches abgelehnte Schüler an andere weiterführende Schulen „weitergereicht“ werden?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den auch presseöffentlich bekannt gewordenen Fall von rund 60 abgelehnten Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien in Landau?

**10. Abgeordneter
Guido Dahm
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)****Arp-Museum**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bundes- und Landesmittel sind für die erste Phase (Umbau des Bahnhofs Rolandseck, Anlage des Skulpturenparks und Bau eines Funktionsgebäudes) definitiv zugesagt oder werden erwartet?
2. In welcher Höhe stehen jeweils Bundes- und Landesmittel für die zweite Phase, den geplanten Neubau des Arp-Museums, bereit?
3. In welcher Höhe wären Sponsorengelder notwendig, um den Neubau des Arp-Museums verwirklichen zu können?
4. Schätzt es die Landesregierung als realistisch ein, dass die Arp-Stiftung die fehlenden Beiträge (bitte einschätzen, in welcher Höhe) für den Neubau bereitstellen kann?

**11. Abgeordnete
Klaus Hammer und Ulla
Brede-Hoffmann (SPD)****ZDF-Medienpark**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den geplanten Bau des ZDF-Medienparks für den Medienstandort Mainz?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung des Medienparks für den Arbeitsmarkt einschließlich der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region?
3. Welche Folgen befürchtet die Landesregierung bei einem eventuellen Scheitern des Projektes?

12. Abgeordnete
Günter Rösch und
Klaus Hammer (SPD)

Arbeitsplätze für Pendler

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die in jüngsten Presseberichten geäußerten Meinungen, dass das Auspendeln in benachbarte Ballungsgebiete die Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz belastet?
2. Welche genaueren Auswertungen der Pendlerbewegungen liegen ihr vor?
3. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus zur Unterstützung der Arbeitsmarktentwicklung?

13. Abgeordneter
Peter Wilhelm Dröscher
(SPD)

Ausbildung der Kinderkrankenschwestern und -pfleger

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Änderungen, gegen die sich nach jüngsten Presseberichten Kinderkrankenschwestern und -pfleger aussprechen, sind von der Bundesregierung beabsichtigt, um eine vereinheitlichte Ausbildung in den Pflegeberufen herbeizuführen?
2. Welche Auswirkungen erwartet sie aus den beabsichtigten Änderungen für die Krankenpflegeschulen in Rheinland-Pfalz?
3. Wie wirkt sich die Ausbildungsreform aus ihrer Sicht auf die Praxis aus?

14. Abgeordneter
Hans-Josef Bracht (CDU)

Anti-Stau-Programm des Bundesverkehrsministers

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält die Landesregierung die für das Land Rheinland-Pfalz vorgesehenen Maßnahmen im so genannten „Anti-Stau-Programm“, das der Bundesverkehrsminister der Öffentlichkeit vorgestellt hat, für ausreichend, um die besonders belasteten Abschnitte der Bundesfernstraßen in diesem Land wirksam zu verbessern?
2. Findet die vom Bundesverkehrsminister beabsichtigte Finanzierung dieses Programms durch Lkw-Gebühren auch im Hinblick auf deren Durchsetzbarkeit und vergleichbare Wettbewerbschancen der Transportunternehmen in der Europäischen Union die Unterstützung der Landesregierung?
3. Welche über das aktuelle Investitionsprogramm des Bundes und das „Anti-Stau-Programm“ hinausgehenden Projekte hält die Landesregierung für dringlich, um befriedigende Verkehrsverhältnisse auf den Bundesfernstraßen in Rheinland-Pfalz zu schaffen?
4. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für möglich und geboten, um bereits in überschaubarer Zeit einen höheren Anteil des Güterfernverkehrs in Rheinland-Pfalz auf Schiene oder Wasserwege zu verlagern?